

SERIE

Immer mehr und immer besser bezahlte Staatsangestellte: «Big Government» verbreitet sich auch in der Schweiz

Die Verwaltung dehnt sich aus. Die Personalausgaben des Bundes sind in den letzten zwanzig Jahren um die Hälfte gestiegen. Wie stoppt man diese Tendenz? Beim Bund könnte ein Finanzreferendum als Bremse wirken.

Christoph Eisenring

38 Kommentare →

04.08.2021, 05.30 Uhr



Bei der Bundesverwaltung betrug der durchschnittliche Bruttolohn pro Vollzeitstelle im Jahr 2020 125 618 Fr.

Gaëtan Bally / Keystone

Der Bundesrat plant eine Offensive in den sozialen Netzwerken. Gleich 10 neue Stellen sollen dafür geschaffen werden. Dass der Bund an einem Ausbau der Kommunikation

arbeitet, ist allerdings schon länger der Fall, wie sich den Staatsrechnungen entnehmen lässt: 2017 befassten sich Mitarbeiter, die 307 Vollzeitstellen abdeckten, mit Öffentlichkeitsarbeit, 2020 waren es schon 379. Mit anderen Worten: Auf hundert Stellen des Bundes gibt es mittlerweile einen Kommunikationsverantwortlichen. Und diese Mitarbeiter sind nicht billig: Der Personalaufwand pro Vollzeitstelle in diesem Bereich beträgt 168 000 Fr.

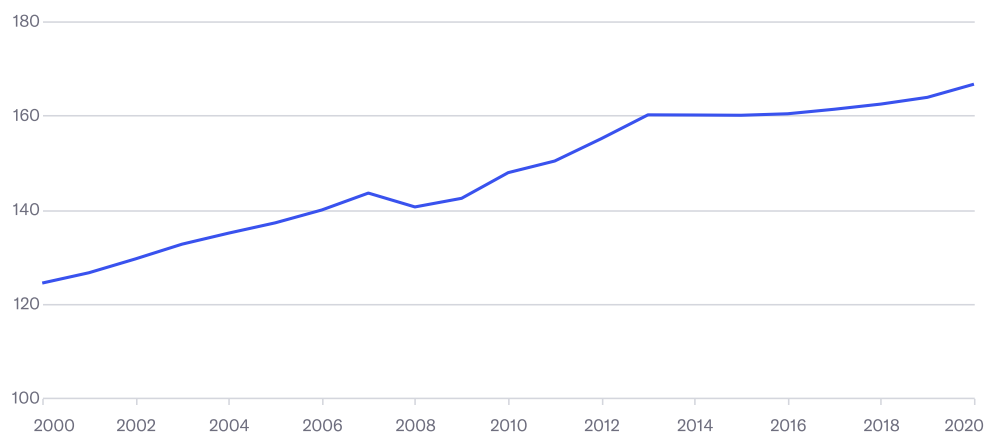
Verwaltung wächst rascher als Bevölkerung

Aber vielleicht ist die Öffentlichkeitsarbeit ein Ausreisser, und es werden – wie das in der Privatwirtschaft öfter der Fall ist – Stellen von einem Bereich in einen anderen verschoben? So einfach ist es nicht. In den letzten zwanzig Jahren hat das Bundespersonal von 31 269 auf 37 689 Vollzeitstellen zugenommen, also um einen Fünftel. Allerdings sind solche Vergleiche etwas heikel, da es laut dem Eidgenössischen Personalamt zuweilen Brüche in der Zahlenreihe gab: Einmal wurden Teile ausgelagert, wie 1999 die ETH, dann zum Beispiel Personen im Ausland einbezogen, die vorher schon für den Bund tätig waren.

Die Beschäftigungsstatistik hilft einem, den Blick über den Bund hinaus auszudehnen. Unter dem Branchen-Code 84 werden die staatlichen Tätigkeiten der Verwaltung zusammenfasst, und zwar für alle Staatsebenen. Nicht darin enthalten sind die Lehrpersonen und das Sozial- und Gesundheitswesen. 2020 gab es im Schnitt 167 000 Stellen in der Verwaltung. Das ist gut ein stattliches Drittel mehr als zwei Jahrzehnte vorher.

Die Verwaltung wächst stark

Vollzeitstellen bei Bund, Kantonen, Gemeinden (Jahresdurchschnitt, nur Verwaltung) (in Tausend)



Quelle: BfS

NZZ / cei.

Man würde eigentlich erwarten, dass in der Verwaltung Grössenvorteile greifen: Wenn sich die Bevölkerung verdoppelt, braucht es keine doppelt so grosse Landesverteidigung oder Steuerverwaltung. Die Zahl der Stellen in der Verwaltung sollte somit eher weniger rasch zunehmen. Doch die Beschäftigungsstatistik zeigt ein anderes Bild: Das Wachstum der Stellen beim Staat lag seit 2000 deutlich über demjenigen der Bevölkerung (20%) und auch über demjenigen der Beschäftigten (23%). Schaut man nur auf die letzten zehn Jahre, war das Wachstum der Verwaltung nur noch geringfügig höher.

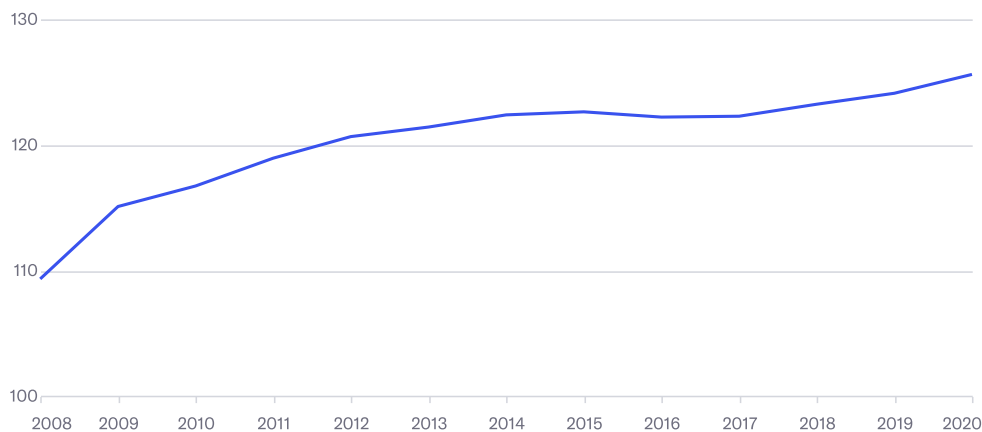
Der Bund zahlt wie die Banken

Doch es geht nicht nur um das Stellenwachstum, sondern auch um den Aufwand, der dadurch entsteht. Die Personalausgaben beim Bund haben seit 2000 um 50% auf 6 Mrd. Fr. zugenommen.

Die Bundesverwaltung weist seit 2008 den durchschnittlichen Bruttolohn pro Vollzeitstelle aus. Damals hatte dieser 109 337 Fr. betragen. 2020 waren es schon 125 618 Fr. – ein nominales Plus von 15%. Am höchsten liegen die Bruttolöhne je Vollzeitstelle im Aussendepartement und im Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) mit je 144 000 Fr. Die Saläre beim Bund liegen mittlerweile etwa auf der Höhe derjenigen der Banken, wo 2018 der mittlere Lohn 9921 Fr. im Monat erreichte.

Hoher und steigender Durchschnittslohn beim Bund

Umgerechnet auf eine Vollzeitstelle, in Fr. (in Tausend)



Quelle: Eidg. Finanzverwaltung

NZZ / cei.

Beim Bund geht es besonders seit 2017 wieder stärker nach oben. Damals wurde auch das Lohnsystem angepasst. Wer von seinen Vorgesetzten eine gute Beurteilung erhält, darf sich über eine Lohnerhöhung von 1,5 bis 2,5% freuen, wessen Arbeit mit «sehr gut» bewertet wird, hat sogar Anrecht auf 3 bis 4% mehr Lohn – solange er das Maximum der Lohnklasse noch nicht erreicht hat. Schön für das Bundespersonal – aber weniger schön für die Steuerzahler – ist, dass 2020 gut 78%

der Angestellten eine gute und 18,5% sogar eine sehr gute Bewertung erhielten. Sie dürfen sich 2021 somit meist über Lohnerhöhungen freuen, von denen viele Angestellte in der Privatwirtschaft nur träumen können.

Etwas pointiert gesagt: Man verdient beim Bund nicht nur überdurchschnittlich gut, vielmehr darf man auch mit ansprechenden Lohnzuschlägen rechnen. Nun ist gegen gute Bezahlung für gute Leistung nichts einzuwenden, allerdings «wildert» der Bund zunehmend erfolgreich im Personalpool, in dem auch die Privatwirtschaft fischt, die nach Fachkräften sucht – ein Problem, das sich mit der Alterung der Gesellschaft noch akzentuieren wird.

Mässigend wirkendes Finanzreferendum

Wie kann man die Ausdehnung der Verwaltung bremsen? Die Schweiz kennt bereits die Schuldenbremse, die über einen Konjunkturzyklus gesehen einen ausgeglichenen Haushalt verlangt. Dies sollte gerade in guten Zeiten die Ausgabenfreude der Politiker zügeln – was indirekt auch die Aufgaben und den Personalausbau beim Bund begrenzen könnte. Allerdings ist davon wenig zu sehen.

Weniger bekannt ist, dass die Schweiz auch eine Ausgabenbremse hat. Bei einmaligen Ausgaben von mehr als 20 Mio. Fr. bzw. wiederkehrenden Ausgaben von über 2 Mio. Fr. reicht nicht einfach die Zustimmung der Ratsmehrheiten. Vielmehr muss die Mehrheit der Mitglieder in beiden Räten hinter den Geschäften stehen, das sind also 101 Nationalräte sowie 24 Ständeräte.

Der Souverän hat die Ausgabenbremse 1995 mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 83% angenommen. Messbar ist deren Effekt jedoch kaum. Der Bundesrat spricht von einer «präventiven Wirkung», davon, dass bereits bei der Erarbeitung von neuen Gesetzen und Finanzbeschlüssen «auf einen massvollen Mitteleinsatz» geachtet werde. Man darf das glauben, muss es aber nicht. Für Gesetze lassen sich auf den ersten Blick meist gute Gründe finden. Es wird immer mehr Probleme geben, als der Staat lösen kann – und stünde ihm noch so viel Geld zur Verfügung. Eine Selbstbindung der Politiker ist deshalb wichtig.

Wer sind die Wettbewerbs- und Reformverhinderer?

Illustration xeo., cke.

Eine Serie der Wirtschaftsredaktion als Reaktion auf das Scheitern des Rahmenabkommens für die Sommermonate zum Thema «Wieso gelingt uns nicht mehr aus eigener Kraft? Wer sind die Reformbremser?» Erscheint jeden Mittwoch. Als Nächstes am 11. August zu den Blockaden in unsere Aussenhandels- und Aussenwirtschaftspolitik. Zu allen Artikeln der Serie.

In Diskussion ist derzeit eine Regulierungsbremse. Laut den Vorschlägen des Bundesrates müsste – wie bereits bei der Ausgabenbremse – eine Mehrheit der Mitglieder (und nicht nur der Anwesenden) beider Räte Vorlagen zustimmen, die mehr als 10 000 Unternehmen höhere Regulierungskosten aufbürden oder diese Kosten für Firmen um kumuliert mindestens 100 Mio. Fr. erhöhen. Es ist allerdings unsicher, ob man damit der «Regulierungswut» wirklich Herr wird. Schon zu bestimmen, ob die Schwellenwerte erreicht werden, dürfte eine ziemlich bürokratische Angelegenheit sein.

In der Finanzpolitik kann die direkte Demokratie ihre Kontrollfunktion auf Bundesebene bis jetzt nicht vollständig wahrnehmen. Es gibt keine Abstimmung über das Budget oder über einzelne Ausgaben. Der Bundesrat kann zwar ad hoc Vorlagen dem fakultativen Referendum unterstellen. Systematischer wäre es aber, wenn bei Vorlagen, deren Kostenfolgen eine bestimmte Schwelle (zum Beispiel 250 oder 500 Mio. Fr.) überschreiten, automatisch das fakultative Referendum gilt. Solche Vorschläge hatten in letzter Zeit die SVP-Fraktion sowie ein Vertreter der Grünliberalen gemacht. Sie waren damit 2018 im Parlament jedoch abgeblitzt.

Mit dem Finanzreferendum liesse sich verhindern, dass gut organisierte Gruppen die Staatsfinanzen «kapern» oder Politiker Prestigeobjekte verwirklichen. Zu denken ist an umstrittene Geschäfte wie eine Defizitdeckung von Olympischen Spielen, die Beschaffung von Kampffjets oder Subventionen für die Landwirtschaft. Bundesrat und Parlament müssten stets mitbedenken, ob solche Ausgaben auch den Wünschen der Bürgerinnen und Bürger entsprechen, da ihnen sonst eine Niederlage in einer Volksabstimmung droht. Dass das Parlament dieses Ansinnen

bereits zum wiederholten Mal versenkt hat, zeigt, dass es wohl durchaus Zähne hätte.

38 Kommentare

Erwin Dufner vor etwa 2 Monaten

Ein hervorragender Artikel - vielen Dank H. Eisenring. Ich kann das auf Gemeindeebene (Suhr, AG) nur bestätigen. Hier arbeiten Steuersekretäre, die noch nicht mal wissen, dass bei einer Nebenbeschäftigung Easy-Tax eine Pauschale von 800 CHF einträgt, die man selbst gar nicht ändern kann. Ja, die wissen noch nicht mal, dass Easy-Tax bei einer Immobilie eine Abschreibung als Pauschale einsetzt. Das muss ich als Steuerzahler diesen Steuersekretären erst erklären. Bei der letzten Gemeindeversammlung hat dann die Vorsitzende der Finanzkommission (Zukunft Suhr) glatt behauptet, dass die Abteilung Finanzen, in welcher ja die Steuersekretäre arbeiten, alles perfekt bearbeitet hätten. Als ich sagte, dass ein richtiges Verbuchen, also einen Aufwand als Aufwand zu verbuchen, nichts darüber aussagt, ob der Aufwand gerechtfertigt ist, meinte sie, dass sie dabei dem zuständigen Gemeinderat vertraut habe. Mit anderen Worten, sie weiß gar nicht, dass es ihre Aufgabe ist, diesem Mann nicht zu vertrauen, sondern ihn zu überwachen. So viel zur Intelligenz linker Politiker. Und das sehen wir eben nicht nur auf Gemeindeebene, sondern auch auf Kantons- und Bundesebene. Solche Versager müssten fristlos entlassen werden. Stattdessen wird man von den Wählern dieser linken Ideologen angegiftet.

[42 Empfehlungen](#)

Dimitri Papadopoulos vor etwa 2 Monaten

Und sie wächst und wächst und wächst, die Verwaltung. Längst kümmert sich der Staat nicht mehr nur um das Notwendige sondern er metastasiert in immer mehr Bereiche des Lebens. Viele staatliche Aktivitäten werden zum Selbstzweck. Zeit für eine Umkehr dieser verhängnisvollen Entwicklung.

[41 Empfehlungen](#)

Alle Kommentare anzeigen